

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 75 Heller

Redaktion u. Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 - Telefon 53077 - Herausgeber: Siegfried Taub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

18. Jahrgang

Samstag, 16. April 1938

Nr. 90

Aus dem Inhalt:

Labour-Party und die Tschechoslowakei

Explosion in der Arnauer Papierfabrik

Opfer des § 144

Die Pädagogische Woche

Jaksch's Pariser Aufenthalt

Paris. Abgeordneter Wenzel Jaksch, der Donnerstag abends hier einlangte, hatte Freitag zahlreiche Besprechungen mit politischen und journalistischen Persönlichkeiten der französischen Hauptstadt. Zu Mittag gab ihm die bekannte Wochenchrift „Europe Nouvelle“ ein Dejeuner, dem unter anderem Kolonialminister Mandel, Marineminister Campanelli, Wirtschaftsminister Patenotre und der tschechoslowakische Gesandte Dr. Osufsky beizuhöhen.

Frankreichs Journalisten gegenüber erklärte sich Abg. Jaksch über seinen Londoner Informationsbesuch außerordentlich befriedigt und unterstrich insbesondere das wachsende Interesse für den von der deutschen sozialdemokratischen Partei im sudetenländischen Gebiet geführten Freiheitskampf.

Franco-Truppen in Vinaroz

Verbindung Barcelona-Valencia abgeschnitten

Saragossa. (Reuter.) Die Truppen des Generals Aranda sind Freitag nachmittags in Vinaroz einmarschiert. Vinaroz liegt an der Küste des Mittelmeeres, südlich von Tortosa. Vorher hatten die Aufständischen San Jorge besetzt. Die Eisenbahn-, Telegraphen- und Straßenverbindungen zwischen Barcelona und Valencia wurden damit von den Truppen der Aufständischen abgeschnitten.

Nach der Befreiung der Orte Vinaroz, Benicarlo, Alcanar und Aldeobon beherrschen die Franco-Truppen die Mittelmeerküste in einer Länge von etwa 30 Kilometer.

Donnerstag früh hatten die Franco-Truppen an der Front von Cati-Cheria einen weiteren Offensivstoß in der Richtung zum Meere unternommen. Der linke Flügel der Franco-Armee drang unter Einsatz von Tanks bis zum Dorfe San Mateo vor, worauf sich die Republikaner in südöstlicher Richtung gegen Castellon zurückzogen. Die Offensive der Franco-Truppen ging dann in östlicher Richtung weiter. Um 15 Uhr besetzten sie die Stadt Cervera del Maestre. Seitdem lag die Straße von Valencia nach Barcelona in der Länge von einigen Kilometern östlich und westlich von Vinaroz ständig unter Artilleriefeuer.

Verpignan. Der Präfeld des Departements Ost-Pyrenäen besichtigte einige Grenzorte und inspizierte die Grenzposten an der spanisch-französischen Grenze. Für den Fall eines Massenzustromes spanischer Flüchtlinge sind alle Maßnahmen getroffen worden.

Piverts Revolte

Alle seine Anhänger aus der Partei ausgeschlossen

Paris. Der Konflikt um den Führer der äußersten Linken der sozialistischen Partei, Marcou Pivert, hat, wie schon kurz gemeldet, dazu geführt, daß der Vorstand der sozialistischen Partei mit 19 gegen 6 Stimmen beschloß, die Pariser Lokals- und Bezirksorganisationen aufzulösen, die den Beschluß des Parteilehrergerichtes, Pivert und einige seiner Freunde auf drei Jahre aller Parteifunktionen zu entheben, nicht anerkennen wollen. Als Pivert dieser Beschluß am Donnerstag abends mitgeteilt wurde, erklärte er, daß er sich nicht unterwerfe, worauf er mit seinen Freunden die Räumlichkeiten des Sekretariates der Seine-Präsidat besetzte.

Daraufhin gründete der Generalsekretär der Partei, Paul Haure, in Paris eine neue parteiinterne Organisation und erklärte alle Mitglieder der bisherigen Parteiorganisation, die sich dem Beschluß des Parteivorstandes über Pivert nicht unterwerfen, als aus der Partei ausgeschlossen. Vorläufig ist noch nicht bekannt, ob Pivert den Versuch unternimmt, eine neue Partei zu schaffen, oder ob er den ordentlichen Parteivorgang abwarten wird, der Anfang Juni zusammentritt.

Alexandrowski in Bukarest

Bukarest. Der sowjetrussische Gesandte in Prag Alexandrowski ist in Bukarest zu mehrtägigem Aufenthalt eingetroffen.

Die militärische Zusammenarbeit

Zustimmung der Pariser Presse

Paris. Die Pariser Presse reagiert lebhaft und übereinstimmend auf die Londoner Meldungen, denen zufolge der Abschluß eines französisch-englischen Militärbündnisses mit einheitlichem Kommando im Kriegsfalle erwogen wird, und zwar mit einem französischen Generalstabschef für beide Armeen zu Lande, einem britischen Generalstabschef für die Luftarmee und einer gegenseitigen Zusammenarbeit der Kriegsmarine. Der kürzliche Pariser Besuch des Führers der britischen Konservativen Churchill und seine Besprechungen mit französischen politischen Persönlichkeiten seien eine diesbezügliche Vorbereitung gewesen.

An offiziellen französischen Stellen verhält man sich natürlich vollkommen reserviert. An informierten französischen Stellen wird jedoch ange deutet, daß die Meldungen wenigstens bezüglich der Formulierung einigermaßen ungenau sind.

Die französische Presse, insbesondere die konservativen, begrüßt aufrichtig die Meldungen über die Vertiefung der französisch-britischen Freundschaft und ihre Festigung durch ein allfälliges Militärbündnis. Die großen Informationsblätter bringen hierüber vorläufig keine Meldungen. Nach Informationen der Frau Tabouret im „L'Œuvre“ handle es sich einfach um die seit dem Besuch Churchills in Paris beschleunigte Durchführung des sogenannten „White Paper“, eines diplomatischen französisch-englischen Dokumentes aus der Nachkriegszeit, und um eine gegenseitige Zusammenarbeit der französischen und britischen Fabriken hauptsächlich hinsichtlich bestimmter Flugzeugarbeiten. Die Berichterstatterin des „L'Œuvre“ fügt hinzu:

„Nach den östmaligen Reisen hoher französischer Offiziere nach England und hoher englischer Offiziere nach Frankreich ist anzunehmen, daß diese allmählichen Organisationsarbeiten sich in zufriedenstellender Weise entwickeln.“

Auch der Londoner Berichterstatter des „Figaro“ bestätigt diese Information und schreibt, daß die künftigen Londoner Besprechungen französischer und britischer Minister eine grundlegende Bedeutung haben werden, weil sie sich hauptsächlich befassen werden:

1. mit der Ausarbeitung eines Inventars aller wirtschaftlichen und militärischen Mittel der beiden Großmächte, die dem französischen und dem englischen Generalstabe im Falle eines europäischen Krieges, in welchem England an der Seite Frankreichs engagiert wäre, zur Verfügung stehen könnten,

2. mit der Prüfung der europäischen Lage nach dem Anschlusse Österreichs an Deutschland und der „geänderten Atmosphäre“ zwischen London und Rom;

3. mit den letzten militärischen Maßnahmen, die imstande wären, die Möglichkeit eines Konfliktes mit Hitlerdeutschland zu beseitigen.

Der Besuch in London

Paris. Der französische Botschafter in London Corbin traf Freitag in Paris ein, um die Modalitäten des Londoner Besuches der französischen Minister zu besprechen. Dieser Besuch, an dem Daladier, Chauviere und Tannet teilnehmen sollen, wird Ende April oder spätestens Anfang Mai stattfinden.

Duff Cooper in Paris

Paris. Der erste Lord der britischen Admiralität Duff Cooper, der zu einem Privatbesuch in Paris weilte, besuchte Freitag vormittags den französischen Kriegsminister Campanelli und hatte mit ihm eine längere Unterredung.

Nicht 500, sondern 1000?

New York. (Reuter.) Eine autoritative Persönlichkeit erklärte dem Berichterstatter der Associated Press, daß Großbritannien in den Vereinigten Staaten 1000 Kriegsflyzeuge, hauptsächlich Bomber mit einer großen Geschwindigkeit, anzukaufen beabsichtigt.

Zu den Meldungen, daß England Flugzeuge bei den Vereinigten Staaten bestellen wird, um seine Luftaufklärung zu vervollständigen, wird in amerikanischen Luftfahrtkreisen konstatiert, daß die englische Erzeugung, wenn sie auch an Umfang ausreicht, noch nicht genügt. Die amerikanische Produktion dagegen könnte erhöht werden, um rund 1500 Flugzeuge pro Jahr, beginnend mit dem 1. Juli 1938, für den Export bereit zu halten. In Heeres- und Marinekreisen ist man der Ansicht, daß die amerikanische Regierung dergleichen Lieferungen für Großbritannien und eventuell für Frankreich, ohne die mindesten Verzögerungen durchzuführen würde.

Auch Frankreich tätigt Bestellungen

New York. „Associated Press“ zufolge hat Frankreich in den letzten Wochen in den Vereinigten Staaten 300 Militärflugzeuge bestellt.

Auch Paris verhandlungsbereit

Paris. (Tsch. P.-B.) Ministerpräsident Daladier hatte am Freitag mit Außenminister Bonnet und mit dem Vorsitzenden des Außenpolitischen Komitees Beratungen über die außenpolitische Situation. Die Unterredungen betrafen, wie erklärt wird, die französisch-italienischen Beziehungen und die Möglichkeit der Erneuerung der normalen diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten.

An kompetenten Stellen wird erklärt, daß die verschiedenen Pressenachrichten, die die Bestrahlung des künftigen Botschafters am Quirinal ankündigen, sehr verfrüht sind. Die französische Regierung hegt den tatsächlichen Wunsch nach einer Lockerung der Spannung mit Italien. Die Erneuerung der normalen diplomatischen Beziehungen wird jedoch erst das Ergebnis von vorhergehenden Abkommen über eine ganze Reihe von Fragen sein, von denen eine die Anerkennung der italienischen Eroberung Abessinien sein wird. Es handelt sich auch um die Regelung anderer Fragen, so z. B. der französischen Eisenbahnlinie Djibouti-Addis Abeba, die Zwischenfälle an den Grenzen von Französisch-Somaliland, die italienische Tätigkeit in Tunis und andere Fragen, die bereits Gegenstand der englisch-italienischen Verhandlungen gewesen sind, wie z. B. das Interesse der beiden Großmächte im Mittelmeer, die Abberufung der italienischen Freiwilligen aus Spanien und anderes.

Da eine ganze Reihe anderer Fragen bereits durch das englisch-italienische Abkommen geregelt

wurde, bezweifelt man an maßgebenden französischen Stellen nicht, daß die noch ungelösten Fragen durch französisch-italienische Verhandlungen geregelt werden können. Da auf beiden Seiten guter Wille besteht, könnten solche Verhandlungen bald beendet werden. Man glaubt sogar in Paris, daß sie noch vor der Mainagung des Völkerbundes ihren Abschluß finden könnten.

Die Linkspresse betrachtet die Möglichkeiten einer tatsächlichen Entspannung durch Verhandlungen mit Rom sehr skeptisch. So schreibt Hamel im „Le Peuple“: Die Beratungen in Rom waren eine bloße Komödie: Das Abkommen war schon früher getroffen worden. Die persönliche Politik Chamberlains erforderte den Abschluß dieses Abkommens, was die Stellung vorheriger Bedingungen für ein Gentleman Agreement auslöste. Der Autor kritisiert dann die Politik der neuen französischen Regierung, die sich anscheint, den Spuren Englands getreulich zu folgen. Die „Summa“ veröffentlicht einen Kommentar Magniens, der schreibt: Es kann keine Verteidigung des Friedens und der Interessen Frankreichs bei einer Kapitulation vor dem faschistischen Wok und es kann keine Verteidigung der Demokratie geben, wenn man vor den Rindern der Demokratie zurückweicht.

Veröffentlichung des Abkommens erst später?

In Rom verlautet, daß das englisch-italienische Abkommen nicht am Tage der Unterzeichnung, sondern erst 24 oder 48 Stunden später publiziert werden wird.

USA und Mitteleuropa

Verschiedene große Nationen haben die Demokratie abgeschafft. Schuld daran trägt nicht die Demokratie selbst, sondern die wirtschaftliche und politische Unsicherheit, in der diese Nationen gelebt haben. Wir in Amerika wissen, daß die Demokratie erhalten werden und daß sie erfolgreich arbeiten kann. Aber um das zu erreichen, müssen wir alle unsere gemeinsamen Anstrengungen auf dieses Ziel richten. Eine starke Regierung, die das Volk hinter sich weiß, hat es nicht nötig, zu diktatorischen Maßnahmen zu greifen. Zur Bewahrung der persönlichen Freiheit des Einzelnen muß die Regierung stark genug sein, das Interesse des Volkes wahrzunehmen und das Volk muß stark genug und gut genug unterrichtet sein, um eine Kontrolle über die Regierung auszuüben.

(Präsident Roosevelt in einer am 15. April 1938 gehaltenen Radiorede.)

Die Einsetzung der gewaltigen wirtschaftlichen und finanziellen Reserven der Vereinigten Staaten von Nordamerika und zuletzt die Entsendung von einigen hunderttausenden frischer kräftiger Soldaten für die alliierten Mächte, haben im Herbst 1918 die Niederlage Deutschlands und seiner Verbündeten im Weltkrieg besiegelt. Die wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte der Staaten mit ihrer 130-Millionen-Bevölkerung sind seither nicht geringer geworden: New York ist zum Goldsammelplatz der Welt geworden, das Land verfügt über einen Reichtum an Rohstoffen wie kein zweites der Erde und sein industrieller und agrarischer Produktionsapparat hat seine technische Überlegenheit über den aller kapitalistischer Staaten noch immer nicht eingebüßt.

Für die Völker der Länder des europäischen Kontinents, der nun seit Jahren schon der Schaulplatz ernstester politischer Spannungen ist, ist darum die Frage von Bedeutung, wem dieses reiche Reservoir bei der äußersten Verschärfung der Situation zur Verfügung steht. Die Regierungen der Präsidenten, die seit Wilson gefolgt sind, haben sich weitgehend von der europäischen Politik distanzieren. Die Vereinigten Staaten sind nicht nur nicht dem Völkerverbund beigetreten, sie haben auch auf die Entwicklung der europäischen Politik in den vergangenen achtzehn Jahren nicht unmittelbar entscheidenden Einfluß genommen. Dagegen haben sie sich an den Bemühungen, die wirtschaftlichen Kriegsschäden zu überwinden, in verschiedener Weise maßgebend beteiligt.

Präsident Roosevelt und einige seiner Staatssekretäre haben mehrfach in Reden eindeutig zu erkennen gegeben, daß die Vereinigten Staaten an dem politischen Geschehen in Europa keineswegs desinteressiert sind. Roosevelt hat in der schärfsten Form gegen die außenpolitischen Methoden der Vertragsbrüche der Diktaturregierungen Stellung genommen, als er von einer Strömung in der Welt sprach, „die sich sowohl dem Buchstaben als auch dem Geiste nach der Einhaltung von Verträgen entzieht“ und als er dabei das Verlangen zum Ausdruck brachte: „Wir sind immer unter den Führern der Völkerverbände gewesen, bei internationalen Streitigkeiten die friedlichen Mittel der Diskussion und der Vermittlung anzuwenden.“

Es ist sicher der Wunsch vieler, die unmitteibar Teilnehmer des europäischen Lebens sind, die Vereinigten Staaten möchten ihre Solidarität mit den bedrohten Demokratien in Mitteleuropa, möchten ihre Bereitschaft, den Frieden der Welt zu verteidigen, durch eine aktive Hilfe gegen die gefährlichen Angriffe unterstreichen, denen diese höchsten Güter der Zivilisation in Europa ausgesetzt sind. Vielleicht könnte eine solche rechtzeitig herbeigeführte Stellungnahme dieselbe Wirkung auslösen, die von einer gleichen Bereitschaft Englands erhofft wird. Nämlich die, daß dann die Angriffswilligen vor der Durchführung ihrer Pläne zurückweichen.

Aber die Sorgen Europas sind nicht die Sorgen der Vereinigten Staaten; sie sind es nicht nur! Nicht allein, daß das Land sehr ernste Anstrengungen unternehmen muß, um nicht hier in eine neue Wirtschaftskrise hineingerissen zu werden. Es sieht sich im Fernen Osten durch den Raubzug der Japaner gegen China in seinen vitalen Interessen aufs höchste gefährdet. Bei der Ausdehnung seiner wirtschaftlichen Einflusssphären auf dem amerikanischen Kontinent stößt es immer wieder auf England (Mexiko, Argentinien). Daß das amerikanisch-englische

